

Stossrichtung der Strategie Stromnetze stimmt

Die Strategie Stromnetze des Bundes ist aus Sicht des Schweizerischen Gemeindeverbandes notwendig. Den Vorschlag zum Sammeln und Publizieren von Netzdaten lehnt er allerdings ab.

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) unterstützt die Stossrichtung der Strategie Stromnetze. Mit dieser legt der Bund die Rahmenbedingungen «für die bedarfs- und zeitgerechte Entwicklung» der schweizerischen Stromnetze fest. Der SGV begrüsst insbesondere, dass die Gemeinden beim Ermitteln des Bedarfs der Netzinfrastruktur einbezogen und bezüglich Projektierungszonen und Baulinien angehört werden sollen. Mit der Strategie Stromnetze wird die Netzentwicklung durch einen «energie-wirtschaftlichen Szenariorahmen» besser strukturiert. «Der Szenariorahmen und andere vorgeschlagene gesetzliche Regelungen sollten jedoch nur für die Übertragungsnetzbetreiber (Netzebene 1 bis 3) verbindlich gelten», fordert der SGV in seiner Stellungnahme. Für die

weiteren Netzebenen und die Verteilnetzbetreiber sollen die Vorgaben höchstens einen empfehlenden Charakter haben, denn eine gleiche Regelung für die unteren Netzebenen bedeutet einen unverhältnismässig hohen Aufwand und ist mit entsprechenden Kosten verbunden. Die Fristen zum Überprüfen des energie-wirtschaftlichen Szenariorahmens müssen aus Sicht des SGV flexibel gestaltet werden.

Publikation kritisch hinterfragen

Nicht einverstanden ist der SGV mit dem Vorschlag zum Sammeln und Veröffentlichen von Netzdaten. Er schlägt folgendes Vorgehen vor: Die Werke als Datenproduzenten beliefern – so wie es heute

der Fall ist – die Kantone respektive die Gemeinden. Danach trägt der Kanton die Daten gemäss den kantonalen Geoinformationsgesetzen zusammen. Der Bund soll sich bei dieser Aggregationsinfrastruktur bedienen. Damit ist garantiert, dass die Geodaten auf allen Portalen synchron und aktuell sind. Die Publikation sämtlicher Geodaten zu den elektrischen Anlagen ist aus Sicht des SGV zudem kritisch zu hinterfragen. Das Gesetz ist so zu formulieren, dass aus Gründen der öffentlichen Sicherheit auf die Publikation verzichtet werden kann.

red

Fristen müssen flexibel gestaltet werden.

Stellungnahme:

www.tinyurl.com/stromnetze

Höhere Berufsbildung stärken

Absolventen der höheren Berufsbildung sollen ab 2017 mit Bundesgeldern unterstützt werden. Der SGV begrüsst die entsprechende Änderung im Berufsbildungsgesetz. Denn davon profitiert auch die öffentliche Verwaltung.

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) unterstützt die Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG). Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Absolventen von eidgenössischen Prüfungen der höheren Berufsbildung ab dem Jahr 2017 mit Bundesgeldern unterstützt werden. Damit wird aus Sicht des SGV die höhere Berufsbildung besser positioniert und gestärkt. «Mit der höheren Berufsbildung verfügt die Schweiz über ein einmaliges Instrument der beruflichen Weiterqualifizierung, das ganz auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abgestimmt ist», schreibt der SGV in seiner Stellungnahme. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels kommt den Absolventen der höheren Berufsbildung eine grosse Bedeutung zu. Sie sind dank

«Die Verwaltung hat ein Interesse an gut qualifizierten Mitarbeitern.»

der praxisnahen Angebote der höheren Berufsbildung gefragte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung wird die bestehende ungleiche Behandlung beseitigt. Denn während Studenten an Hochschulen und höheren Fachschulen von umfangreichen öffentlichen Subventionen und damit von tiefen Semestergebühren profitieren, tragen die Absolventen der höheren Berufsbildung oder deren Arbeitgeber den Hauptteil der Kosten für die vorbereitenden Kurse der eidgenössischen Prüfungen. Die Kursangebote für die eidgenössischen Prüfungen sind auch mit dem Systemwechsel weiterhin nicht staatlich reglementiert. Und die freie Auswahl der Kursangebote durch die Teilnehmer bleibt gewährleistet.

Wo bleiben Verwaltungsmitarbeitende?

Die öffentliche Verwaltung hat ebenfalls ein grosses Interesse an gut qualifizierten Mitarbeitern. Der SGV setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die höhere Berufsbildung auch für die öffentliche Verwaltung in Gemeinden, Kantonen und beim Bund sichergestellt wird und dass die Mitarbeiter in den Verwaltungen schweizweit anerkannte Berufsabschlüsse erlangen können. Er ist Gründungsmitglied des Vereins HBB öV respektive der Prüfungsträgerschaft der eidgenössischen Berufsprüfung «Fachfrau/Fachmann öffentliche Verwaltung».

red

Stellungnahme:

www.tinyurl.com/Rev-BBG

Informationen:

www.hbbboev.ch